

11. November 2009

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin,

nachfolgend auf diese Zeilen finden sie das Mail, dass ich im Namen der Initiative "Menschenrechte für Priesterkinder" vor einigen Wochen an Ihre Amtsvorgängerin gesendet hatte. Ich möchte dem Mail allerdings noch einige Gedanken voranstellen, mit denen ich nun direkt Sie anspreche:

In vielen unserer Gespräche zum Thema "Menschenrechte für die Kinder katholischer Priester" beziehen wir uns auf die von Ihnen in Ihrer ersten Amtszeit initiierte Neuregelung des Kinderschäftsrechtsgesetzes, die auch im untenstehenden Mail erwähnt ist, wodurch in der Theorie allen Kindern die gleichen Rechte einräumt werden. Leider bleibt es, ich führe dies auch unten noch näher aus, im Fall der Priesterkinder bei der Theorie, da sich die katholische Kirche schlicht nicht an die Gesetze hält, und auch politisch Verantwortliche sich scheuen, die Einhaltung der Gesetze in diesem Fall konsequent einzufordern. In diesem Zusammenhang hatte ich es auch mit gewisser Enttäuschung registriert, dass Sie sich, noch in Ihrer Eigenschaft als rechtspolitische Sprecherin der FDP, z.B. dezidiert für die Rechte der adoptierten Kinder homosexueller Paare eingesetzt hatten, auf meine Anfrage zu einer Unterstützung unseres Anliegen (bzw. einer Unterschrift auf unserer online-Unterschriftenliste) im Februar/März dieses Jahres jedoch nicht reagiert haben.

Ich verstehe, dass die katholische Kirche eine mächtige Organisation ist, mit der man sich ungern anlegt. Es muss aber der Anspruch des selbstbewussten, säkularen Staates sein, die Rechte aller seiner Bürger, wenn nötig auch gegen eine solche Organisation, zu schützen. Es gibt nun seit einigen Wochen, seit der Ausstrahlung eines ARD-Tatorts, der auf dem Hintergrund der Priesterkind-Thematik gedreht worden war, und einer Diskussionssendung im ZDF einige Tage später, an der ich teilgenommen habe, eine breitere Debatte dieses Themas. Ich halte es für angemessen und würde mich freuen, wenn Sie dies auch so sähen, wenn auch die Bundesjustizministerin nun mit einem eigenen Statement zu dieser Debatte beitragen würde. Wir würden Ihr Statement auch gerne auf unserer Website einstellen.

Mit freundlichen Grüßen

David Weber

Initiative "Menschenrechte für Priesterkinder"

27. Januar 2010

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Nachdem sich bereits zwei Unterstützer unserer Initiative "Menschenrechte für Priesterkinder" an Ihr Ministerium gewandt hatten, möchte ich, als einer der Initiatoren der Initiative und der begleitenden Website www.menschenrecht fuerpriesterkinder.com, Ihnen nun selbst schreiben.

Wir schätzen auf unserer Website zwischen 3.000 und 5.000 Menschen in Deutschland, deren Vater zum Zeitpunkt ihrer Geburt katholischer Priester war, oder es noch immer ist. In Büchern zum Thema wird von einer noch erheblich höheren Zahl ausgegangen. Obwohl formal natürlich auch diesen "Priesterkindern" alle Bürgerrechte zustehen, wird es ihnen in der Realität in fast allen Fällen verunmöglicht, so elementare Rechte wie das auf Kontakt mit dem eigenen Vater, das Recht auf Unterhalt, oder das Recht auf Erbe in Anspruch zu nehmen.

Hauptgrund hierfür ist natürlich der von der katholischen Kirche aufgebaute (finanzielle, soziale, und psychologische) Druck, Teil dessen in vielen Fällen auch direkte, man muss es so deutlich benennen, Erpressungsversuche sind (z.B. werden Müttern oft sogenannte "Schweigepapiere" vorgelegt, die ihnen Unterhaltszahlungen nur für den Fall in Aussicht stellen, dass sie nicht sagen wer Vater ihres Kindes ist). Auch spielt sicherlich die teilweise noch immer gegebene Wahrnehmung des Themas als ein gesellschaftliches Tabu eine Rolle. Es ist aber auch das Zögern des Staates, die Einhaltung seiner eigenen Gesetze durch die katholische Kirche zu überprüfen, und diese Einhaltung wenn nötig konsequent durchzusetzen, (weder die Einflussnahme der Kirche auf die Väter mit dem Ziel, deren Kontakt mit ihren Kindern zu verhindern, noch die genannten "Schweigepapiere" bei Fragen des Unterhalts, noch die, bei amtierenden und sogar auch ehemaligen Priestern betriebenen, Verschleierungen der Besitzverhältnisse des Vaters, mit dem Ziel, die Erbmöglichkeit der Kinder zu verhindern, wurden und werden vom deutschen Staat ausreichend untersucht), die mit zur Entstehung dieser wirklichen Lücke an Rechtsstaatlichkeit geführt hat, durch die die allermeisten "Priesterkinder" im wahrsten Sinne des Wortes entrechtet bleiben.

Aufgrund dieser Mitverantwortung für diese Lücke an Rechtsstaatlichkeit beinhaltet der Text zu unserer Online-Unterschriftenliste, die u.a. bereits von sieben Bundestagsabgeordneten unterzeichnet wurde, (siehe <http://www.menschenrecht fuerpriesterkinder.de/unterschriftenliste.html>) auch die Aufforderung an den Staat und politisch Verantwortliche, die bestehenden Gesetze hier besser durchzusetzen.

Angesichts der beschriebenen massiven Ungerechtigkeit, die für die Betroffenen oft schwerwiegende Folgen hat, und in einzelnen bekannten Fällen indirekt auch zum Tod von "Priesterkindern" geführt hat, waren die Antwortschreiben des Mitarbeiters Ihres Hauses Herrn Fiedler an unsere beiden Unterstützer wahrlich nicht angemessen. Abgesehen davon, dass er sich offensichtlich nicht für den Absender interessiert hat (aus dem Kontext geht hervor dass er der Meinung war, nicht mit einem Unterstützer sondern einem Initiator unserer Initiative zu korrespondieren), sind auch die Inhalte seiner Schreiben sehr dürftig und seltsam.

Im ersten Brief referiert er über 3 Seiten das Kindschaftsrechtsreformgesetz von 1998. Dieses Gesetz war uns, möglicherweise weniger detailliert, auch bereits bekannt, aus den beschriebenen Gründen können "Priesterkinder" die darin formulierten Rechte aber eben in den seltensten Fällen in Anspruch nehmen. Im zweiten Brief empfiehlt er der Empfängerin sinngemäß, dass sie, da in dieser Sache schon jemand anders Antwort erhalten habe, doch auf unserer Website nachsehen möge, da die Antwort dort bestimmt eingestellt sei.

Aufgrund der genannten Kritikpunkte an seinen Schreiben liegt Herr Fiedler mit der letzten Vermutung natürlich nicht richtig. Allerdings würden wir nun dieses Mail und Ihre Antwort darauf in der Tat gerne auf unserer Website veröffentlichen.

Sehr geehrte Frau Ministerin: In der Thematik "Priesterkinder" besteht massives Unrecht. Ich bitte Sie deshalb darum Ihr Amt und Ihre politischen Möglichkeiten dazu zu nutzen, auf eine Beseitigung dieses Unrechts mit hinzuwirken.

Ich würde mich über Ihre persönliche Antwort auf dieses Schreiben sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
David Weber
Initiative "Menschenrechte für Priesterkinder"